

Taliban-Vertreter am europäischen Verhandlungstisch – VAFO warnt vor Normalisierung eines Unrechtsregimes

Berlin, 25. Juni 2026

Der Verband Afghanischer Organisationen e.V. (VAFO) zeigt sich zutiefst besorgt über die zunehmende politische Annäherung europäischer Staaten an die Taliban. Nach aktuellen Berichten empfangen EU-Vertreter eine Taliban-Delegation in Brüssel, um unter anderem über Abschiebungen nach Afghanistan zu beraten. An den Gesprächen sollen mehrere EU-Mitgliedstaaten beteiligt gewesen sein.

Für VAFO ist dieser Schritt ein gefährliches Signal: Während Frauen und Mädchen in Afghanistan systematisch ihrer Rechte beraubt werden, erhalten Vertreter der Taliban internationale Aufmerksamkeit und Zugang zu politischen Entscheidungsräumen. Ein offizieller Dialog mit den Taliban droht, ein Regime aufzuwerten, das Frauen aus dem öffentlichen Leben ausschließt, die Pressefreiheit unterdrückt, Minderheiten verfolgt und demokratische Strukturen zerstört.

Während Taliban-Vertreter in Europa empfangen werden, warten weiterhin viele Afghan:innen mit bestehenden Aufnahmezusagen auf Schutz und Sicherheit. Menschen, die für Demokratie, Menschenrechte und internationale Zusammenarbeit eingestanden sind, dürfen nicht vergessen werden, während Vertreter eines repressiven Systems politische Anerkennung erhalten.

Die Zulassung taliban-naher Personen zu offiziellen Funktionen sowie die zunehmende Zusammenarbeit im Zusammenhang mit möglichen Abschiebungen nach Afghanistan werfen grundlegende Fragen zur deutschen und europäischen Menschenrechtspolitik auf.

VAFO fordert:

- Einen sofortigen Stopp der politischen Aufwertung und Normalisierung der Taliban durch europäische Staaten.
- Keine Abschiebungen nach Afghanistan, da dort keine Sicherheit, Rechtsstaatlichkeit und menschenwürdigen Lebensbedingungen gewährleistet sind.
- Transparenz über Gespräche, Vereinbarungen und Kontakte zwischen europäischen Regierungen und Taliban-Vertretern.

Pressemitteilung / Stellungnahme



- Eine Außenpolitik, die Menschenrechte und Schutzsuchende in den Mittelpunkt stellt.

Wer Rückführungen in ein Land verhandelt, in dem grundlegende Freiheiten abgeschafft wurden, muss die Verantwortung für die Folgen übernehmen. Eine solche Politik darf nicht dazu führen, dass die Opfer des Taliban-Systems um Schutz kämpfen müssen, während Vertreter dieses Systems Zugang zu europäischen Institutionen erhalten.